

Nein zur Biodiversitätsinitiative

Voraussichtlich im September 2024 wird die Schweiz über die sogenannte Biodiversitätsinitiative abstimmen. Die SAB lehnt die Initiative klar ab. Nachfolgend werden wir diese ablehnende Haltung erläutern.

Thomas Egger – SAB – Seilerstrasse 4 – 3001 Bern

Vertrackte Vorgeschichte

Die SAB hatte bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens im Juni 2021 signalisiert, dass sie einen moderaten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative auf Gesetzesstufe unterstützen würde. Den ursprünglichen Gegenvorschlag des Bundesrates konnte die SAB aber nicht mittragen. Der Ständerat trat deshalb folgerichtig auf diesen Gegenvorschlag gar nicht erst ein. Die zuständige Nationalratskommission nahm die Kritik ernst und erarbeitete einen neuen Gegenvorschlag. Dieser wäre aus Sicht der SAB ein gangbarer Weg gewesen. Er enthielt kein Flächenziel mehr, nahm die Landwirtschaft explizit aus und dafür die urbanen Gebiete stärker in die Pflicht. Die Initianten waren auf Grundlage dieses neuen Gegenvorschlags bereit, ihre Initiative zurückzuziehen. Eine Volksabstimmung, bei der erneut die Gräben zwischen Stadt und Land

aufbrechen, wäre somit vermeidbar gewesen. Nur entschied der Ständerat, am Nichteintreten festzuhalten, womit die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung gelangt.

Die Anliegen der Initiative

Die Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft» oder eben kurz Biodiversitätsinitiative will den Schutz der Landschaften und der Biodiversität auf Verfassungsebene stärken. Neu soll auch der Schutz des baukulturellen Erbes explizit in der Verfassung verankert werden. Für die Sicherung der Biodiversität will die Initiative die erforderlichen Flächen, Mittel und Instrumente zur Verfügung stellen. Wie umfangreich die Flächen sein sollen, muss auf Gesetzesstufe präzisiert werden. Die Initiative nimmt nicht nur den Bund in die Pflicht, sondern enthält auch Handlungsanweisungen an die Kantone. Und letztlich wird auch die In-

teressensabwägung angesprochen. Der ungeschmälerter Erhalt von nationalen und kantonalen Schutzobjekten soll höher gewichtet werden.

Massive Einschränkungen

Bei einer Annahme der Initiative würde das Feilschen um deren Umsetzung erneut von vorne losgehen. Die Initiative stellt dabei einen klaren Eingriff in die kantonalen Kompetenzen dar. Und was die Initiative nicht sagt: in der Folge müssten auch die Gemeinden ihre Planungen anpassen und zusätzliche Einschränkungen hinnehmen. Durch die höhere Gewichtung der Baukultur wäre die Siedlungsentwicklung weiter erschwert. Dabei kämpfen zahlreiche Gemeinden schon heute stark mit den restriktiven Vorgaben des Raumplanungsgesetzes und der Zweitwohnungsinitiative. Mit weiteren Einschränkungen rechnen müssten zudem zahlreiche Bereiche wie



Die Umsetzung der Biodiversitätsinitiative würde vor allem die Bergregionen und den ländlichen Raum treffen. (Switzerland Tourism – Naturpark Binnental)

die Landwirtschaft, der Tourismus, die Waldwirtschaft, die Bauwirtschaft, die Energieversorgung und die Erschliessung mit Infrastrukturen wie Strassen und Schienen. Gerade bei der Energieversorgung stellt die Initiative einen Rückschritt gegenüber den in den vergangenen Jahren hart erkämpften politischen Kompromissen zum Ausbau der erneuerbaren Energien dar. Die Initiative hätte zudem erhebliche finanzielle Konsequenzen. Der Bundesrat rechnet mit zusätzlichen Kosten von 203 Mio. Fr. für den Bund und 240 Mio. Fr. für die Kantone. Also insgesamt rund 440 Mio. Fr. pro Jahr.

Feilschen um Quadratmeter

Ein Knackpunkt der Initiative ist das neue Flächenziel, welches aus Gesetzesstufe präzisiert werden muss. Die Schweiz hat im Dezember 2022 die Ergebnisse der 15. Biodiversitätskonferenz von Montreal mitunterzeichnet. Demnach sollen weltweit insgesamt 30% der Flächen für die Biodiversität gesichert werden. Für diese Montreal-Ziele können allerdings zusätzliche Flächen angerechnet werden, als sie bisher in der Schweiz in die Berechnung einbezogen wurden. Gemäss bisheriger Zählweise gelten in der Schweiz 13,4% der Flächen als Schutzgebiete. Dazu gehören etwa der Nationalpark, Auenschutzgebiete und Moore, Waldreservate und Jagdbanngebiete. Für die Montreal-Ziele könnten weitere Flächen wie z.B. Wildtierkorridore angerechnet werden. Die Schweiz käme demnach gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Umwelt auf eine anrechenbare Fläche von 23,4%. Fehlen also immer noch rund 6,5%. Das sind nicht weniger als 2'700 km² oder in etwa die Fläche des Kantons Tessin. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wo diese zusätzlichen Flächen unter Schutz gestellt würden.

Schweiz macht bereits viel

Dabei sind es gerade die Berggebiete und ländlichen Räume, die bereits sehr viel für die Biodiversität und die Landschaftspflege tun. 19% der landwirtschaftlichen Nutzfläche gelten als Biodiversitätsförderfläche. 10% der Waldfläche sollen in Zukunft nicht mehr angerührt werden (Waldreservate). In bestimmten Gebieten wird bewusst auf eine Wasserkraft-

nutzung verzichtet und dies vertraglich abgesichert. Flussläufe werden im grossen Massstab renaturiert und mit Fischtreppe für die Fische wieder durchgängig gemacht. Der Gewässerraum darf nur noch extensiv bewirtschaftet werden... Die Liste könnte noch beliebig verlängert werden. Die Berggebiete und ländlichen Räume brauchen nicht immer mehr neue Auflagen. Die Biodiversitätsinitiative schafft derartige zusätzliche Auflagen, schränkt den Handlungsspielraum weiter ein und muss deshalb klar abgelehnt werden.

RÉSUMÉ

Le SAB s'oppose à l'initiative sur la biodiversité

Vraisemblablement, le peuple sera appelé à se prononcer sur l'initiative biodiversité, en septembre de cette année. Le SAB le regrette, car une commission du Conseil national avait élaboré un contre-projet acceptable. Dans ce cadre, les auteurs de l'initiative biodiversité étaient d'ailleurs prêts à la retirer. Malheureusement, le Conseil des Etats a décidé de ne pas entrer en matière, risquant ainsi de créer de nouvelles tensions entre les villes et les campagnes. En effet, ce sont surtout ces dernières, ainsi que les régions de montagne, qui risquent d'en faire les frais. Car en cas d'acceptation de cette initiative, la Suisse devrait consacrer jusqu'à 30% de son territoire au renforcement de la biodiversité. Selon de récents calculs, il manquerait encore 6,5%, soit 2700 m² ; une surface plus ou moins équivalente à celle du canton du Tessin. Et bien entendu, l'on sait déjà dans quelles régions il faudrait délimiter de nouvelles aires de protection. Et cela, bien qu'une bonne partie de ces surfaces se trouve déjà dans les régions de montagne et rurales (surfaces agricoles et forestières, cours d'eau, etc.). Cette initiative constitue aussi une ingérence à l'encontre des compétences cantonales et communales. Enfin, au niveau financier, le Conseil fédéral s'attend à des coûts annuels se montant à environ 200 millions de francs pour la Confédération et à 230 millions à la charge des cantons.

RIASSUNTO

Il SAB si oppone all'iniziativa biodiversità

Presumibilmente, a settembre di quest'anno la popolazione sarà chiamata a votare sull'iniziativa biodiversità. Il SAB se ne rammarica, perché una commissione del Consiglio nazionale aveva elaborato un controprogetto accettabile. In questo contesto, gli autori dell'iniziativa biodiversità erano d'altra parte pronti a ritirarla. Purtroppo, il Consiglio degli Stati ha deciso di non entrare in materia, rischiando così di creare delle nuove tensioni tra aree urbane e rurali. In effetti, sono proprio queste ultime, così come le regioni montane, che rischiano di subirne le conseguenze. Perché in caso d'accettazione di questa iniziativa, la Svizzera dovrebbe destinare il 30% del suo territorio al rafforzamento della biodiversità. Secondo dei calcoli recenti, mancherebbero ancora il 6,5%, ovvero 2700 m² ; una superficie più o meno equivalente a quella del Cantone Ticino. E naturalmente, è già chiaro, in quali regioni dovrebbero essere delimitate nuove zone di protezione. Questo nonostante il fatto che gran parte di queste superfici si trovi già in zone montane e rurali (superfici agricole e forestali, corsi d'acqua, ecc.). Questa iniziativa rappresenta anche un'ingerenza nei confronti delle competenze cantonali e comunali. Infine, a livello finanziario, il Consiglio federale prevede dei costi annui di circa 200 milioni di franchi per la Confederazione e di 230 milioni a carico dei cantoni.